

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 8 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 217.

Mittwoch, den 16. September 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Volks-Hochschulen.

In der bekannten Wochenschrift „Nation“ bespricht Ernst Schulze-Berlin einen Vortrag, den Professor W. Rein in Jena bei der diesjährigen General-Versammlung der Comenius-Gesellschaft über Volksbildung mit Beziehung auf die dänischen Volkshochschulen hielt. Rein schildert kurz die Einrichtung dieser Bildungs-Anstalten, um in längerer Ausführung sodann die Gründe auseinanderzusetzen, aus denen die Gründung von Volkshochschulen auch in Deutschland als sehr wünschenswert erscheint. Die Comenius-Gesellschaft will nun versuchen, die Angelegenheit dadurch zu fördern, daß sie neben der Propaganda in Wort und Schrift ein Kapital für die Gründung zunächst einer Volkshochschule sammeln will. Hoffentlich gelingt es, diesen Plan in Wirklichkeit umzusetzen; denn in der That ist diese Errichtung von Volkshochschulen sowohl im Interesse der Volksbildung als auch in dem der allgemeinen Volkswohlthat außerordentlich erwünscht.

Wohlgemerkt: Die Errichtung von Volkshochschulen, die man mit den Universitäts-Ausdehnungsfürten nicht verwechseln mag, da sie weder diese zu ersetzen im Stande sind, noch selbst von ihnen ersetzt werden können. Die Universitäts-Ausdehnungsbewegung (University-Extension-Movement) bezweckt allerdings die Popularisierung des Hochschulunterrichts ebenso wie die nordischen Volkshochschulen; aber sie ist darin von diesen verschieden, daß sie ihre Thätigkeit auf die Städte beschränkt und der ländlichen Bevölkerung vermöge ihrer ganzen Einrichtung nicht viel zu bieten vermag. Die Volkshochschulen dagegen wenden sich fast ausschließlich an diese und bieten ihr im Allgemeinen wohl mehr als der Universitäts-Ausdehnung Unterricht.

Beide Einrichtungen verdanken ihre Entstehung Vätern germanischer Abstammung. Die Universitäts-Ausdehnungsbewegung hatte ihren Ursprung vor etwa 25 Jahren in England, die erste Volkshochschule entstand vor 52 Jahren in Dänemark. Als in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts in Dänemark an die Stelle der bisherigen Alleinherrschaft eine Ständeverfassung trat, legte Nicolai Frederic Severin Grundtvig seine Gedanken über eine Volks-Hochschule der Öffentlichkeit dar; er betonte die Nothwendigkeit einer „Hochschule für unsere bürgerliche Jugend, wodurch die sowohl in der Ständeverammlung als bei deren Wählern wünschenswerthe Bildung und Aufklärung sorgfältig befördert werden sollte.“ Es war ein Lieblingsplan Grundtvig's, daß eine solche Volks-Hochschule auf Staatskosten auf der Insel Seeland errichtet werden sollte — ein Plan, der nur ein frommer Wunsch blieb. Aber seine Idee fand doch so viel Anklang, daß man aus privaten Mitteln so viel Geld zusammenhob, daß davon in Rødding auf der Halbinsel Jütland im Jahre 1844 eine Volkshochschule eröffnet werden konnte.

Zum Zustandekommen dieses Resultats hatte wesentlich Christian Flor, Professor an der Universität Kiel, beigetragen, der sich der Sache mit großer Wärme annahm. Er war von den Erziehungsgedanken Grundtvig's so entzückt, daß er seine Professur aufgab und mit seiner Frau, die einem adeligen Geschlecht entstammte, nach Rødding zog, um hier mit den Volks-Hochschülern zusammenzuleben, die meist bäuerlichen Gutsbesitzerfamilien angehörten.

Der Plan dieser ersten Volkshochschule war sehr groß angelegt. Man legte reichhaltige naturwissenschaftliche und historische Sammlungen an, man sammelte eine große Bibliothek, einmal jährlich unternahmen die Lehrer mit ihren Schülern eine Reise nach Kopenhagen, um die dortigen Museen und Sammlungen zu besichtigen, und die jungen Männer sollten zwei Winter und einen Sommer in der Schule verbleiben. Aber es zeigten sich doch gleich im Anfang verschiedene Mißstände; namentlich empfanden die Gründer es peinlich, daß die Rødding'sche Volkshochschule von den ganz einfachen Bauern mit Mißtrauen betrachtet wurde.

Da zeigte wenige Jahre später Kristian Mittelsen Kold, wie man den Plan zweckmäßiger in Angriff nehmen könne. Kold hatte einen eigenthümlichen Lebenslauf hinter sich. Wie Grundtvig, ging auch er von der Theologie aus. Mit dem dänischen Pastor Haß war er nach

Smyrna gezogen, um dort die Türken zum Christenthum zu bekehren. Mehrere Jahre lebte er unter den Türken als Buchbinder; allein er merkte bald, daß die Bekehrungsversuche eine wenig erfruchtliche Arbeit waren. Zudem sah er ein, daß er wirklich Besseres leisten konnte, als hier mit einem großen Aufwand von Arbeit einige wenige Seelen dem Christenthum zuzuführen. Und so fuhr er nach Triest zurück und durchwanderte Oesterreich und Deutschland, bis er wieder in seiner Heimath angelangte. Allenthalben hatte er auf seiner Reise die Landbevölkerung näher kennen zu lernen versucht, und da er auch sonst (als Hauslehrer in hervorragenden Familien) sich Menschenkenntniß und Lebenserfahrung reichlich erworben hatte, gründete er im Jahre 1850 in Ryslinge, einem Dorfe auf Fünen, eine zweite Volkshochschule, deren Unterricht zum Theil in anderer Richtung wirken sollte, als der der Rødding'schen Schule.

Kold hatte nämlich beobachtet, daß die ländliche Bevölkerung vielfach für Belehrung nicht sofort empfänglich war, daß man ihr vielmehr erst eine gewisse Anregung bieten müsse, um das Interesse zu erwecken, welches in jedem Unterricht die wichtigste Vorbedingung ist. Außerdem beschränkte er die Besuchszeit seiner Volkshochschule auf einen Winter, und er erreichte es durch diese und andere Abänderungen in der That, daß dieselbe auch von den Angehörigen der ärmeren Landbevölkerung besucht wurde.

Eine weitere, sehr bedeutende Neuerung führte Kold sodann im Jahre 1862 ein, indem er neben der Winterschule für Männer auch eine Sommerschule für Frauen errichtete. Durch seine eifrige Thätigkeit wurde das Interesse immer weiterer Kreise geweckt, die Zahl der Volkshochschulen mehrte sich, und namentlich seit dem Jahre 1864 war ein ganz bedeutender Aufschwung zu verzeichnen.

Dieses Jahr brachte den unglücklichen Krieg Dänemarks mit Preußen und Oesterreich, und wie es so oft nach einem nationalen Unglück zu geschehen pflegt, so wurde auch hier die Demüthigung des Volkes der Anlaß zu einer Wiedergeburt, wie sie Preußen im Jahre 1807 erlebt hat. Alle Kreise des Volkes regten sich, die Heidekulturgesellschaft suchte durch Kultivierung der Heiden dem Lande einen Ersatz für die verlorenen Landstrecken zu schaffen, überall blühte die thätige Liebe zum Vaterlande stärker auf, als sie je vorher gewesen. Und so kam auch für die Volkshochschulen eine Zeit kräftigen Aufschwunges der sie bald auf eine Höhe hob, welche zeigte, daß diese Einrichtung ein nationales Bedürfnis war, und daß sie in ihren Resultaten alle Mühe, die man auf sie verwandt hatte, reichlich lohnte.

Die meisten der neu errichteten Volkshochschulen nahmen das Kold'sche System an, das mit der Zeit noch in verschiedenen Richtungen vervollkommen wurde. Allen anderen Lehrfächern voran steht die vaterländische Sprache, die jedoch nicht als Grammatik gelehrt, sondern in guten Büchern unmittelbar vorgeführt wird. Ihr ist täglich eine Unterrichtsstunde gewidmet; ebenso der vaterländischen Geschichte, die auch wieder nicht als Dynasten- und Schlachtengeschichte gelehrt wird, sondern als Volks- und Kulturgeschichte. Außerdem fallen unter diesen Unterrichtsgegenstand noch Staatsverfassung, Staatsverwaltung, Statistik, Gesetzgebung und Kommunalkenntnisse. Ferner werden gelehrt nordische Mythologie, Geographie, Physik und Chemie, Zoologie und Botanik, elementare Mathematik, Physiologie, die Grundzüge der Landwirtschaft und der Hausthierzucht, Rechnen, Buchführung, Zeichnen, Handarbeit, Altnordisch, Englisch, Gesang und Turnen (schwedische Gymnastik). Den praktischen Bedürfnissen wurde eingehend Rechnung getragen; so richtete man z. B. auch einen Kursus für Fischer ein. Von großer Bedeutung erscheint es, daß ein besonderer Religionsunterricht nicht erteilt wird. Man hat in einigen der Volkshochschulen eine Morgenandacht eingeführt, an der sich theilhaftig, wer will; ein Zwang besteht nicht.

Die Arbeitskraft der Schüler ist eine große. Sie kommen mit frischen, ausgeruhten geistigen Kräften auf die Volkshochschule und können erstaunlich viel geistige Nahrung bewältigen. Täglich haben sie 8 bis 9 Unterrichtsstunden und eine Turnstunde. Aber selbst damit ist ihre Lehr- und Wissensbegierde nicht gestillt: an einigen Abenden in der Woche finden noch Diskussionen statt. Die Schüler lernen dadurch, sich klar und deutlich auszudrücken und — was nicht minder wichtig ist — eine Frage von mehreren Gesichtspunkten zu betrachten. Oft werden ganz allgemeine Thematika gewählt — wie z. B.

„Der Werth der körperlichen Arbeit“, „Die Bedeutung einer freundlichen Umgangsform“, „Der beste Gebrauch der Freistunden“ und ähnliches. Auch praktische Fragen werden behandelt, mögen sie nun die Landwirtschaft oder das Kommunalwesen betreffen. Gewöhnlich kommen die Leute aus den nächsten Dörfern zu diesen Abenden, um an den Debatten, die sehr lebhaft und interessant zu sein pflegen, theilzunehmen.

Die Lehrer sind meist akademisch gebildete Leute mit großen Kenntnissen und — worauf der größte Werth gelegt wird — mit einer gewissen Rednergabe. Der Lehrer soll in seinem Vortrage nicht eine trockene Aufzählung von Thatsachen geben, er soll nicht aus einem Buche oder einem Hefte vorlesen — sondern er soll seine ganze Persönlichkeit geben und gerade durch das freie, vom Herzen zum Herzen gehende Wort seine Zuhörer fesseln. So kommt es, daß man unter den Volkshochschullehrern die besten Redner des Nordens findet.

Die dänischen Volkshochschulen beherbergen je 75 bis 300 Schüler, die im Alter von 18 bis 25 Jahren stehen; eine der größeren ist die erweiterte Hochschule von Ålborg, wohin die Rødding'sche Volkshochschule 1865 verlegt wurde, weil Rødding 1864 Dänemark verloren gegangen war. Zwei Drittel aller Schüler gehören zur Klasse der Hofbesitzer, ein Drittel setzt sich aus Handwerkern und „Hausmännern“ zusammen. Allgemein wird hervorgehoben, wie günstig dies Zusammenleben von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wirke. Die Zahl der letzteren ist ständig im Wachsen begriffen, seit der Staat Zuschüsse für unvermögende Schüler zahlt. Denn der Staatszuschuß, der seit 1853 gezahlt wird, ist von 4000 auf 300000 Kronen gewachsen, wovon 180000 Kronen auf Stipendien entfallen. So wird es Jedem, der einen Winter auf den Besuch einer Volkshochschule verwenden kann, möglich gemacht, auch bei gänzlicher Armuth dies zu thun, zumal der Preis schon an und für sich ein außerordentlich geringer ist: er beträgt für Wohnung, Kost und Unterricht 30 Kronen (= 33 M.) im Monat. Die 68 Volkshochschulen Dänemarks werden gegenwärtig jährlich von etwa 6000 Schülern besucht. Im Ganzen sind in Dänemark bis jetzt ausgebildet worden: 82000 Schüler und 40000 Schülerinnen. Unter zwanzig Einwohnern ist immer Einer, der eine Volkshochschule besucht hat.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Diktatur des Proletariats. Die bürgerlichen Zeitungen schwafeln unsäglich Kold zusammen über eine neue Bemerkung Liebknecht's, „das absolute Recht der Majorität sei der größte Despotismus“. Wir begreifen sehr gut die „demokratische“ Entrüstung der Bourgeois-Prese. Ist es doch die Bourgeoisie, die vorläufig noch die absolute Majorität hinter sich hat; wollten wir uns ihrem Willen fügen, dann müßten wir uns geduldig ausbeuten und knechten lassen. Deshalb begnügen wir uns nicht mit der politischen Demokratie, welche allein weder die wirtschaftliche noch die politische Klassenherrschaft zu beseitigen im Stande ist, sondern wir fordern eine derartige wirtschaftliche Umgestaltung der Gesellschaft, daß die Klassencheidung darin überhaupt keinen Platz finden könnte. Wir wollen der ausbeutenden und herrschenden Klasse die materielle Grundlage ihrer Existenz entziehen, indem wir die Produktionsmittel zum gemeinschaftlichen Eigentum machen und die Produktion von der Gesellschaft selbst leiten lassen. Dann wird jeder Arbeiter sicher sein, daß seiner produzierenden Thätigkeit keine anderen Hindernisse im Wege stehen, als die in ihm selbst, in seinen Fähigkeiten und seiner Kraft, liegen, und alle Produzenten werden die Gewißheit haben, daß das, was sie schaffen, ihnen allen zu Gute kommt und nicht zu einem großen Theil von einer nichtstehenden Minderheit, wie jetzt, zum eigenen Nutzen vorweggenommen wird. Dann giebt es keine Arbeitslosigkeit, keine Armuth und überhaupt keine wirtschaftliche Noth mehr, denn die Produktivkräfte der Gesellschaft sind bereits entwickelt genug, um Jedem, wenn Niemand mehr ausgebeutet wird, eine den Kulturforderungen entsprechende Existenz zu verschaffen. Aber wenn die Geißel der Arbeitslosigkeit und des Hungers hinter Niemand mehr geschwungen wird, wer wird sich dann wirtschaftlich überorthen und politisch beherrschen lassen? Die politische Klassenherrschaft kann nur verschwinden mit der wirtschaftlichen Klassen-

hebung. An Stelle der „Regierung“ tritt dann die „Verwaltung“, an Stelle des materiellen Zwanges der Druck der öffentlichen Meinung. Nein, dieser Illusion geben wir uns nicht hin, daß es bloß genüge, „das absolute Recht der Majorität“ zu proklamieren, um die Klassenherrschaft abzuschaffen. An diesem demokratischen Spruch lassen wir ruhig die kleinstädtischen Mäuslein nagen. Aber wohl wissen wir, daß wir die politische Majorität und zwar eine geschlossene, zielbewusste, bis zum äußersten zusammenhaltende Majorität haben müssen, um die erwünschten wirtschaftlichen Veränderungen vorzunehmen. Darum haben wir auch längst erklärt: Wir wollen die Diktatur des Proletariats, jener Klasse, welche durch ihre wirtschaftliche Stellung gezwungen ist, eine Aenderung dieser Gesellschaftsordnung von Grund aus zu erstreben. Wir wollen die politische Herrschaft der Arbeiterklasse, um die wirtschaftliche Revolution durchzuführen, welche die Klassenscheidung überhaupt und mit ihr auch die Klassenherrschaft beseitigen wird.

Die Nationalliberalen des Eisener Reichstagswahlkreises haben zum Parteitag u. A. beantragt, die nationalliberale Partei solle mit aller Entschiedenheit darauf hinwirken, daß ein auf liberaler Grundlage ruhendes Reichs-Vereinsgesetz schleunigst zu Stande komme und daß den übermäßigen Pensionierungen von Militärpersonen in Zukunft entgegengehandelt werde.

Herr Venningsen, der Oberpräsident von Hannover, ist der geeignetste Führer einer Partei, die solche Forderungen aufstellt. Doch er wird sich damit trösten, daß die Eisener Nationalliberalen für die Haltung der Partei nicht maßgebend sind.

In einer Besprechung der Novelle zu den Versicherungs-gesetzen in der „Sozialen Propäde“ kommt H. v. Frankenberg zu folgender Schlussbetrachtung über die Vertheilung der Rentenlasten auf die Versicherungs-Anstalten:

„Es soll jede Versicherungsanstalt die Belastung, welche aus den von ihr festgesetzten Renten erwächst, nicht mehr voll, sondern nur zu einem Viertel tragen, während drei Viertel von sämtlichen Anstalten gemeinsam aufgebracht werden. Selbst das eine Viertel kann durch die Zentralbehörde in Staaten mit mehreren Anstalten ganz oder zum Theil auf die Gesamtheit übernommen werden. Nach dieser hochwichtigen Aenderung würde z. B. im königlich Preussischen, wo Berlin die weitaus reichste, Dispreußen die ärmste Anstalt ist, der Ungleichheit durch ein Adäquatmittel ein Ende gemacht werden können. Wenigstens ich gebe, daß es einem berechtigten Grundgedanken entspricht, einen gewissen Theil des Versicherungs-Aufwandes solidarisch von allen Anstalten decken zu lassen, so kann doch das Gute hierin zu viel gethan werden. Ueber die Hälfte sollte man nicht hinausgehen, damit nicht je nach dem größeren oder geringeren Maße des Wohlwollens, welches trotz der Zurückziehung des Staatskommissars als Vertreters des allgemeinen Interesses immer bei den Vorständen im Spiele ist, ein Anstalt in Versuchung geräth, zu drei Vierteln auf Kosten der Gesamtheit jeher weitherzig in der Bewilligung von Renten zu sein. Auch muß es vermieden werden, daß die Anstalten mit bisher guten Abschüssen fortan aus Furcht vor der großen Belastung durch die Schwester-Anstalten die Lust zu thalträchtigem Vorgehen auf dem Gebiete des Selbstverständnisses und der Besserung der Arbeiter-Verhältnisse verlieren, zumal da der Entwurf mit Recht die letzteren Zwecke fördern zu wollen erklärt und die Ausbarmachung des halben Vermögens (jezt 1/2) für dieselben gleichfalls gestattet.“

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „Seit Jahresfrist findet sich in der Tagespresse der verschiedensten Richtungen die immer von Neuem auftretende Nachricht von einem kostspieligen Flottenvermehrungsplan, der vom Kontreadmiral Tirpitz an allerhöchster Stelle vorgelegt worden sein soll. Je nach der Parteilichkeit der betreffenden Tagesblätter werden hieran Vermuthungen getnüpft und Schlüsse gezogen, die wohl der Parteipolitik dienen sollen, im Uebrigen aber geeignet sind, die weitesten Kreise des deutschen Volkes bezüglich der angestrebten Entwicklung der Marine zu beunruhigen. Der „Köln. Volksztg.“ gegenüber, die in ihrer Morgenausgabe vom 10. September auf jenes Gerücht von dem Flottenvermehrungsplan des Kontreadmirals Tirpitz von Neuem zurückkommend danach fragt, was Wahres an diesem Plane sei, und der Regierung im Anschlusse hieran vorhält, daß sie so kolossale Flottenpläne — über die Ausdehnung derselben äußert sich das Blatt nicht näher — ohne Kampf mit dem Reichstage nicht durchbringen könne, muß festgestellt werden, daß ein Flottenvermehrungsplan von jenem Flaggoftizier weder von allerhöchster noch bei der verantwortlichen Stelle, die einen solchen Plan allein den gesetzgebenden Körperschaften zugehen lassen könnte, zur Vorlage gebracht worden ist. Der Kontreadmiral Tirpitz ist zu einer derartigen Vorlage nicht berufen gewesen und hat sich auch nie in einer Stellung befunden, in welcher ihm ein Auftrag zur Ausarbeitung einer Marinevorlage hätte zugehen können. Die Hineinziehung seines Namens in die Zeitungspolemik dürfte ebenso wenig seinen persönlichen Interessen dienen, wie es der Gepflogenheit militärischer Traditionen in unserem Lande entspricht, einen Offizier in unverantwortlicher Stellung in Gegensatz zu den leitenden Stellen zu bringen. Zur Aufstellung der Marinevorlage ist ganz allein die Marineverwaltung, welche der Staatssekretär des Marineamts unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und unter Maßgabe der Vorschriften des Gesetzes vom 17. März 1878, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, führt, befugt.“

Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz wurde am Freitag in der Verfassungsinstanz vor der 6. Strafkammer in Berlin wiederum gegen Hinz und Genossen verhandelt. Die Anklage richtet sich gegen 56 Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. Es handelt sich, wie kurz wiederholt werden mag, um eine am 10. Februar bei dem Restaurateur Wöhling in der Admiralstraße abgehaltene angebliche „Geburtstagsfeier“, die sich aber in

den Augen der Behörde als eine Fortsetzung des vorläufig geschlossenen sozialdemokratischen Wahlvereins des zweiten Reichstagswahlkreises darstellte. Das Schöffengericht war nach umfangreicher Beweiserhebung zu der Ansicht gekommen, daß es sich bei der angeblichen Geburtstagsfeier um eine Versammlung handelte, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert wurden. Das Gericht verurtheilte den Vorsitzenden, Arbeiter Werner und den Vertrauensmann Kitzing zu je 80 Mk., den Restaurateur Wöhling zu 50 Mk., den früheren sozialdemokratischen Stadtverordneten Ewald, der nicht Mitglied des aufgelösten Wahlvereins war, aber auch in der Zusammenkunft gesprochen hatte, ebenso wie die übrigen Redner zu je 25 Mk. und die übrigen Angeklagten, die Mitglieder des aufgelösten Wahlvereins gewesen waren, gleichfalls zu je 15 Mk. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte Gefängnisstrafen beantragt. Gegen das Urtheil des Schöffengerichts ist seitens der Staatsanwalt sowohl auch seitens der Angeklagten die Berufung eingelegt worden. Die letzteren bestritten auch diesmal entschieden, daß es sich bei ihrer Zusammenkunft um eine Versammlung zur Besprechung öffentlicher Angelegenheiten gehandelt habe. Die Ansprache, welche ganz zwanglos und ohne parlamentarische Formen stattgefunden, habe sich auf Sammellisten und Bots, auf die Nothwendigkeit der Neuwahl einer Pressekommission und dergl. bezogen und nur private, innere Angelegenheiten der Partei, nicht aber öffentliche Angelegenheiten berührt. Die Angeklagten blieben bei ihren Behauptungen der Vorinstanz, erklärten die von den Polizeiorganen gemachten Mittheilungen über den Zweck jener Zusammenkunft und die Organisation der Partei für unrichtig und ihre ersten Zugeständnisse bei ihrer polizeilichen Vernehmung für Produkte der Aufregung und Bestürzung. Die Vernehmung der Angeklagten nahm sehr viel Zeit in Anspruch. Als Hauptzeuge trat wieder Kriminalkommissarius Schöne auf. Er vertrat nochmals entschieden die Ansicht, daß es sich bei der Zusammenkunft um eine geheime Fortsetzung des geschlossenen Wahlvereins handelte. Der Zeuge blieb trotz aller Einwände der Verteidigung dabei, daß es sich hier um eine geheime, sogenannte Corpore-Versammlung des 2. Wahlvereins handelte. Es kam zwischen dem Zeugen und der Verteidigung wiederholt zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Angeklagten, die bei der ersten polizeilichen Vernehmung sich des Vergehens gegen § 16 des Vereinsgesetzes schuldig bekannt hatten, widerriefen sämtlich dies Geständnis unter der Behauptung, daß Kommissarius Schöne durch Drohungen einen Zwang auf sie ausgeübt habe. Der Zeuge bestritt dies entschieden, die Angeklagten verblieben dabei. Das am 10 1/4 Uhr Abends verkündete Urtheil lautete wegen Verstoßes gegen § 12 des Vereinsgesetzes für Werner und Kitzing auf 50 Mk., bei allen übrigen auf 30 Mk., gegen den Lokalinhaber Wöhling aber wegen fahrlässiger Handlung auf 100 Mk. Geldstrafe; dagegen hielt der Gerichtshof die Versammlung nicht für eine Fortsetzung des aufgelösten Vereins und sprach in dieser Beziehung alle Angeklagten frei.

Schweiz.

Ueber die landwirtschaftliche Nothlage in der Schweiz veröffentlichte kürzlich ein Berner Blatt einen viel beachteten Artikel, worin als Hauptursache der Nothlage die zu hohen Landpreise bezeichnet wurden, deren Steigen auf die Spekulation zurückzuführen ist. Das Blatt kam daher zu dem Schlusse: „Nicht das 5 Rappen Korn, nicht die 24 Rappen Milch, nicht die italienischen Ochsen, nicht die 250—500 Franken Knechte und die 3—4 Franken Heuer und Schnitter und nicht die hohen Steuern, sondern die zu hohen Landpreise sind das Hauptübel, an dem unser Bauernstand leidet.“ — Das Blatt bekämpft die Zölle, welche nur den Konjumenten die Lebenshaltung vertheuern und die Staatskasse füllen, es werthet auch den niedrigen Zinsfuß nicht als Allheilmittel gegen die Bauernnoth, und es sagt endlich voraus, daß es keine 25 Jahre mehr geht, bis die Landarbeiter ebenfalls einigermaßen organisiert sein und dann höhere Ansprüche an Kost und Logis stellen, sowie kürzere Arbeitszeit fordern werden.

Belgien.

Neue koloniale Greuel werden ruckbar, aus denen die kapitalistische Brutalität in Abscheu erregender Nacktheit sich offenbart. Ein jüngst vom Kongo zurückgekehrter Engländer, Alfred Parminter, hat gegenüber einem Vertreter des Bureau Neuter ausführliche Mittheilungen über die Zustände im Kongo-Staate gemacht und dabei im Allgemeinen bestätigt, was bisher über die dort herrschende Mißwirtschaft von anderen Personen, die am Kongo gewesen sind, erzählt worden ist. Alfred Parminter hat seit 1884 im Lande geweilt und seit 1893 ist er kommerzieller Leiter des Distrikts des oberen Kongo in Diensten der „Société Anonyme Belge“ gewesen. Seine Aufgabe brachte es mit sich, daß er fortwährend von Aequatorville nach Stanley Falls reiste. Wie Wenige kennt er die Verhältnisse am oberen Kongo. Was nun die im Kongo-Staat verübten oder geduldeten Grausamkeiten betrifft, so sagt Parminter Folgendes darüber:

„Ich kenne natürlich nicht alle die angeführten Grausamkeiten aus persönlicher Anschauung, aber es thut mir leid, sagen zu müssen, daß die Berichte trotz aller Brüsseler Dementis im Ganzen wahr sind. Seit 1884 ist die Lage der Eingeborenen immer schlimmer geworden. Die Ursachen sind sehr einfach: die völlige Unerfahrenheit der meisten Offiziere und die Unmöglichkeit, sie von oben aus dem Zaune zu halten. Die meisten Offiziere kommen direkt aus einem kleinen belgischen Orte und sind wahrscheinlich niemals über Belgien hinausgekommen. Jetzt erhalten sie mit einem Male fast unbeschränkte Macht unter fremden, gefährlichen, ungeheuren und nieder-

drückenden Verhältnissen. Es ist kein Wunder, daß sie den Kopf verlieren und ihre eigenen Methoden anwenden, um Beförderung und Wohlstand zu erlangen, damit sie um so eher nach Europa zurückkehren können. Daher die endlose Zahl der Grausamkeiten.“

In Bopoto ließe ich einst mit einem Lieutenant, dessen Dampfer neben meinem am Quai lag. Wir rauchten beglückt, als eine am Morgen ausgesandte Abtheilung eingeborener Truppen zurückkehrte. Der Sergeant hielt triumphierend eine Anzahl an einer Schnur aufgesteckter Ohren in die Höhe. Bei den Truppen befanden sich etwa sechs Gefangene. Ein weißer Offizier war nicht bei dem Zuge gewesen. Die eingeborenen Soldaten wurden aber wegen ihres Erfolges belobt und erhielten den Befehl, am nächsten Tage den Häuptling gefangen zu nehmen. Manchmal gehen solche Dinge auch in Gegenwart der Offiziere des Kongoflaotes vor sich. Mein belgischer Agent theilte mir mit, daß Lieutenant De Keyser sich seine Mahlzeit behaglich schmecken ließ, während seine Soldaten ringsum raubten und mordeten. Nach dieser Aufführung kam der alte Häuptling zu meinen Agenten und zeigte ihm seine verstaubte Tochter. Dem Mädchen waren die Haare thatsäglich abgehakt worden. Das war geschehen, um ihre messingenen Fußhügel zu bekommen, die wahrscheinlich nicht mehr als einige Pence werth waren. Nach meiner Rückkehr wurde ihr Grab geöffnet. Da sah ich mit eigenen Augen, was geschehen war.

Auf einer Reise von der Aequator-Station nach Bangala zeigte mir ein eingeborener Sergeant der „Öffentlichen Macht“ einen Beutel mit etwa sechs abgehauenen Regentropfen. Er erzählte mir, die Eingeborenen hätten dafür büßen müssen, daß sie ihren Gummibeutel nicht entrichtet hätten. Wenn diese Eingeborenen einen Kriegszug unternähmen, so tödten sie dieselben, wenn sie es vermeiden können, einen kräftigen Mann, sondern nur alte Männer und Frauen und Kinder. Der weiße Offizier, welcher sich meistens im Hintergrunde der Affen hält, hat nicht ein Wort des Tadels, wenn er die zerhackten Leichen der Frauen und Kinder im Dorfe umher liegen sieht.

Der schlimmste Fall von Grausamkeit, den Parminter mittheilt, ist der folgende:

„Ein belgischer Lieutenant war mit 50—60 Mann in ein Dorf abgesandt worden, um den Häuptling, der sich etwas gegen die Regierung hatte zu schulden kommen lassen, gefangen zu nehmen. Als er in dem Dorfe ankam, fand er es verlassen. Nur in einer Hütte befand sich eine alte kranke Frau, die von ihrer Tochter gepflegt wurde. Beide wurden von dem Offizier geführt, welcher wissen wollte, wo der Häuptling wäre. Die beiden Frauen wußten es entweder nicht oder wollten es nicht sagen. Der Offizier wurde zornig, ließ sie auf die Erde legen und jeder fünfzig Hiebe mit der „Schilfotte“, einer aus Flußhirschhorn angefertigten Peitsche verjagen. Als der Offizier darauf wieder fragte, erhielt er dieselbe Antwort. Das Auspeitschen wurde fortgesetzt, bis jede zweihundert Hiebe erhalten hatte. Schließlich ließ der belgische Offizier ihnen die Hände abschneiden. Dann ging er seiner Wege und überließ die armen Weiber ihrem Schicksal. Als dieser Offizier meine Agenten in Schimbi später besuchen wollte, erklärten ihm diese gemeinen, sich gütigst in sein Kanoe zurückgeben zu wollen, da sie nichts mit Mördern zu thun haben wollten. Beide Agenten waren Belgier. Sie heißen Morrison und Lomtain.“

Parminter meint, die meisten in Europa wissen wohl nicht, „daß die belgischen Offiziere Kommission auf das Elfenbein und Gummie das sie zusammenbringen, erhalten. Vielfach beträgt sie 25—30 pZt. Vor ein oder zwei Jahren bekamen die belgischen Beamten sogar Kommission auf die Sklaven, die sich nach den Uebungsplätzen hinschleichen. Ich habe häufig einen Sklavendampfer den Fluß hinabfahren sehen. Die Beamten nennen die Sklaven „Befreite.“ Die sitzen auf dem Schiffe so eng aneinandergebrängt, daß sie sich nicht rühren können. Zur Nachtzeit jagt man sie in den Busch, damit sie sich ein Obdach suchen. Es ist erbarmungswürdig, die Armen um Baumstämme herum kauern zu sehen, um sich vor den Regenströmen eines tropischen Tornado zu schützen. Viele von denen, welche am Abend ans Ufer gehen, kommen, vom Fieber ergriffen, am nächsten Morgen gar nicht wieder an Bord, sondern sterben im Walde.“

Die Kapitäne der Dampfer bekamen 5 Franken für jeden Sklaven, den sie in Kinshassa abliefern, deshalb packten sie ihre Schiffe so voll. In verschiedenen Distrikten haben die Häuptlinge so und so viele Sklaven per Monat zu liefern. Diese „Befreiten“ werden meistens in der „Öffentlichen Macht“ oder auf den Kaffeeplantagen verwandt. Der Staat zahlt ihnen einen nominellen Lohn, sie müssen aber sieben Jahre dienen. Die Kommission auf die „Befreiten“ ist jetzt abgeschafft. Ich habe aber guten Grund zu der Annahme, daß diejenigen, welche besonderen Eifer in der „Anwerbung“ entfalteten, eine Extra-Belohnung erhalten. . . .“

Es ist völlig unnöthig, zu diesen entsetzlichen Mittheilungen einen Kommentar zu schreiben. Die konquistadorische Kapitalismus von heute wetteifert mit den Bluthunden, die vor bald vier Jahrhunderten in Mexiko, Peru, in Indien die Humanität ihrer christlichen Gesinnung den unglücklichen Eingeborenen an den Hals hielten. Und wem fällt bei der Schilderung der Sklaventransporte auf dem Kongo nicht das erschütternde Gedicht Heinrich Heines: „Mynheer van Koen“ ein?

Spanien.

Die Furcht der spanischen Regierung vor republikanischen Aufständen hat sie veranlaßt, vor einigen Wochen zahlreiche Verhaftungen von Republikanern vornehmen zu lassen. Unter den Festgenommenen befand sich auch der frühere republikanische Kriegsminister Estebanez. Jetzt kommt die Nachricht, daß die Verhafteten wieder freigelassen worden seien; nur ist noch zweifelhaft, ob Estebanez sich darunter befindet. Jedenfalls beweist die Freilassung, wie wenig gesichert gegenwärtig in Spanien die öffentliche Freiheit ist, denn wenn die Regierung irgend etwas gegen die Verhafteten hätte vorzubringen wissen, so hätte sie dieselben gewiß nicht freigelassen in einer Zeit, wo sie die Republikaner in Verdacht hat, daß sie die revolutionäre Bewegung unterstützen. Besonders auffällig waren die Verhaftungen ja nicht, da es in Spanien üblich ist, daß

man z. B. vor Wahlen die Häupter der Opposition ein-
sperrt und sie nach der Wahl wieder freiläßt; so hat
man die Mährigsten zugleich am Agitieren und am Wählen
verhindert.

Einen für die spanische Regierung bereits bedenklich
gewordenen Umfang haben die Desertionen von
Militärpflichtigen angenommen. Die französische
Grenze wird tagtäglich von ganzen Trupps von jugend-
lichen Leuten überschritten, die keine Lust haben, nach
Cuba geschickt zu werden. Die Flucht ist erklärlich. Die
Aussicht, in Cuba dem Fieber oder den Kugeln der Auf-
ständischen zu erliegen, ist nicht grade verlockend. Dazu
kommt, daß nur der Arme dienen muß; der
Reiche kauft sich los oder stellt einen Vertreter. Wer
also irgend das Geld dazu aufstreifen kann, der rettet
seinen Sohn vor Cuba. Das heißt, wenn der Sohn
nicht etwa selbst nach Cuba gehen will, was auch vor-
kommt. Aber nicht aus Lust am Soldatenleben oder
aus patriotischer Begeisterung für die spanische Kolonial-
politik, sondern — aus Hunger. Wie der „Heraldo“
berichtet, haben sich arme Teufel für zwanzig, für fünf-
zehn, ja sogar für sechs Pesetas (Franken) verkauft, um
nicht Hungers sterben zu müssen. Bei den Soldaten
kriegt man wenigstens etwas zu essen. Man kann sich
denken, mit welchem Eifer solche Soldaten auf Cuba
für den Ruhm und die Interessen Spaniens fechten
werden.

Griechenland.

Die Insel Kreta, die nach den neuesten Abmachungen
eine ziemlich weitgehende Autonomie erhalten soll, wird
bereits von Finanzmännern als geeignetes und frucht-
bares Ausbeutungsobjekt in's Auge gefaßt. Ueber eng-
lische Finanzpläne wird der „Int. Kor.“ aus
Athen geschrieben:

„Ueberraschend schnell ist man in England mit der Absicht
hervorgetreten, Kreta wenigstens wirtschaftlich und
finanziell unter englische Vormachtigkeit zu bringen. Auf
Kreta hatte man geplant, nach Einrichtung der neuen Ver-
waltung dem künftigen Landtage den Entwurf zur Begründung
einer selbstständigen kretensischen Nationalbank vorzulegen,
die den Grundbesitzern der Insel Hypothekendarlehen gewähren und
dafür in Europa hypothekarisch sichergestellt Pfandbriefe aus-
geben sollte. Da sich die ganze Verwaltung unter den Augen
der als Ueberwachungskommission eingeteilten Konsule vollziehen
würde, so glaubten die Kreter wohl darauf rechnen zu können,
daß man ihnen in Europa einen verhältnismäßig bescheidenen
Kredit gewähre. Nun aber sucht man von England diesem
Plane zuvorkommen, indem man der Insel sofort ein größeres
Darlehen anbietet, noch ehe die Verwaltung organisiert und die
Bankfrage geregelt ist. Wesentlich auf Änderungen des englischen
Generalkonkurses gaben auch nur die christlichen Abgeordneten ihre
Zustimmung zu dem Vorschlag, dem jetzigen Gouverneur einen
Kredit von 100 000 Pfund zur Unterstützung der durch den Auf-
stand Geschädigten zu bewilligen. Aber schon jetzt erfährt man,
daß dieses Geld durch eine englische Bank beschafft werden soll,
die in Kreta eine Filiale errichten und damit von vornherein
die gesammelten kretensischen Finanzen in ihre Hand bringen will.
Die Schaffung eines selbstständigen kretensischen Finanz-
instituts oder die Aufhebung anderer europäischer Finanz-
krisen an der wirtschaftlichen Erbschaft Kretas wird dann
natürlich unmöglich sein.“

Die alte Geschichte: Der unbeschränkten Ausbeutung
durch den türkischen Despotismus wird unter großen
Opfern ein Ende gemacht und sofort fällt die „Finanz“
über das unglückliche Land her. Die Frage ist nur, ob
die englischen Kapitalisten allein von der Beute zehren
dürfen, oder ob die anderen Geier auch etwas erwischen
werden.

Nachdem auf Kreta der Aufstand, wenigstens vor-
läufig, zu Ende ist, sind die Offiziere und Unteroffiziere
der griechischen Armee, die neulich desertierten, um sich
den kretensischen Aufständischen anzuschließen, nach Athen
zurückgeführt. Sie meldeten sich sofort bei den militäri-
schen Behörden und wurden in Haft genommen. „Todes-
urtheile, die über 16 von ihnen verhängt worden sind,
sind unterzeichnet worden und sollen in dem Fort Pala-
midi in Rauplia vollstreckt werden.“ So melden wenigstens
die offiziellen Nachrichten. Indessen wird es selbstver-
ständlich dazu nicht kommen, da die griechische Re-
gierung, auch wenn sie es wollte, nicht wagen darf, sich
mit den Anschauungen des gesammten Volkes in Wider-
spruch zu setzen.

Sozialdemokratischer Parteitag für Mecklenburg und Lübeck.

2. Verhandlungstag.

Am zweiten Verhandlungstage Morgens 8 1/2 Uhr wurde die
Sitzung durch den Vorsitzenden Genossen Erdbeer-Kostock er-
öffnet.

Anwesend waren 40 Delegirte.

Die Genossin Frau Bruhn-Neu-Borwert legte ihr Amt als
zweite Vorsitzende nieder, da sie in die Verhandlungen selbst ein-
zugreifen gedenkt. An ihre Stelle wurde Genosse Seß-Güstrow
gewählt.

Genosse Müller-Güstrow berichtet über die von Seiten der
Revisions-Kommission erfolgte Prüfung der Kasse und deren
Nichtigkeitsbefund, worauf beantragt wurde, dem Vertrauensmann,
Genossen Erdbeer, Decharge zu ertheilen, welches auch ein-
stimmig geschah.

Nunmehr wurde zu Punkt 3 der Tagesordnung übergegangen
und erhielt Genosse Seß-Güstrow das Wort zu seinem ein-
leitenden Referat über „Agitation und Organisation.“

Redner führte aus, daß der Sozialismus in Mecklenburg
wirklich Boden gefaßt habe. Leider dürfe man sich jedoch in
Mecklenburg in politischer Beziehung nicht organisieren. Trotzdem
sei der Sozialismus so tief eingebürgert, daß alle übrigen
Honorationen schon heute damit rechnen müssen. Es gäbe jedoch
in Mecklenburg immer noch viele Parteigenossen, welche den
Sozialismus nur dem Namen nach kennen. Man dürfe diesen den
Sozialismus nicht vorenthalten, man müsse ihn vielmehr lehren,
damit wir immer mehr zielbewußte Genossen bekommen. Der
Kampf der Sozialdemokratie sei ein reiner Geisteskampf und richte
sich vielfach nach den ländlichen und örtlichen Verhältnissen. So
fein z. B. die Lübecker und Mecklenburger Verhältnisse nicht in
Einfluss zu bringen. Die Verbreitung des Sozialismus würde
uns nach jeder Richtung hin erschwert. Wir hätten nur alle fünf

Jahre einmal Gelegenheit, unsere Kräfte zu messen und zwar zur
Zeit der Reichstagswahl. Wie leicht dagegen hätten es unsere
Gegner auf dem Lande; sie veranstalten ihren Arbeitern Lust-
barkeiten, jeder bekommt schließlich noch einen Hammel geschenkt,
wie dieses ja der That vorgekommen sei und der Arbeiter wählt
vielfach eben diejenige Person, welche ihm von dem Arbeitgeber
vorgeschlagen würde. Es müsse einem in's Herz schneiden, wenn
man so sehe, wie die Leute ihre eigenen Blutausauger wählten.
Diesen Mißständen sei jedoch nur durch eine rege Agitation und
Organisation entgegenzutreten. Wenn Jeder von uns sich der
Sache mit vollem zielbewußten Eifer annehmen würde, so lämen
wir stets Schritt vor Schritt weiter und deshalb könne er, Redner,
nur allen Anwesenden in diesem Sinne zurufen: „Vorwärts und
immer vorwärts!“

Hierauf wurde das Referat zur Diskussion gestellt.
Genosse Schöllahn-Nübel führt aus, daß bei ihnen stets
rege agitirt worden sei, man habe unter Anderen auch verschiedene
Brotschüren vertheilt und glaube er, wenn die Genossen überall so
vorgehen würden, herrsche eine ganz andere Bewegung.

Genosse Vacker-Fürstberg glaubt seinerseits gleichfalls seine
Pflicht gethan zu haben. Er habe 2000 Brotschüren vertheilt,
wovon noch ein Theil brach läge. Es gäbe leider Vertrauensleute
in Mecklenburg-Strelitz, welche sich nicht für diesen Posten eigneten.
Wenn das solidarisches Gefühl überall angeregt würde, wären wir
weiter vor und müsse man den Mecklenburger Arbeiter mehr als
selbstständig betrachten. Die Hauptsache jedoch für den heutigen
Parteitag wäre, daß man keine Anträge so beschränke, daß die
verhältnismäßig ausreichten.

Frau Bruhn-Neu-Borwert schließt sich den Ausführungen
des Genossen Seß an.

Genosse Müller-Güstrow erwähnt, daß, wenn man mehrere
Jahre in der Bewegung sei und beobachtet habe wie die Vorwärts-
bewegung Anfang gefunden, müsse man dieses den politischen
Verhältnissen zuschreiben. Man habe überall Bildungsvereine ge-
gründet. Diese würden jedoch vielfach aus Furcht der Einzelnen
vor Maßregelungen gemieden. Es müsse hier in diesem Falle mehr
für die Zeitung agitirt werden.

Genosse Schmidt-Grivitz-Moßdorf schiebt das langsame Vor-
wärtstommen in Mecklenburg hauptsächlich dem Religions-Unterricht
zu, die Folgen desselben könnten nur langsam überwunden werden,
daß man in größeren Städten rascher vorwärts komme, brächte
schon die Intelligenz der Bevölkerung mit sich. Wer da sage, für
die „Mecklenburgische Volkszeitung“ müsse mehr gethan werden,
damit wir rascher vorwärts kämen, gehe fehl, man müsse vielmehr
langsam vorgehen und wenn dann alle an einem Strick ziehen
würden, so würden wir auch schon zum Ziele kommen.

Genosse Rohde-Neustrelitz ist der Meinung, daß es ihm
an vielen Stellen viel zu schnell vorwärts gegangen sei, er hält
es für besser, wenn man langsam dem Ziele zutreibt.

Genosse Groth-Moßdorf geht auf die Frage ein, wie die
mecklenburgischen Agitatoren in Mecklenburg in der Agitation vor-
gehen. Vielen gewerkschaftlichen Wanderteilnehmern ist der Vorwurf
zu machen, daß sie die ländlichen Verhältnisse nicht kennen. Es
handelt sich in Mecklenburg nicht darum, allein gewerkschaftliche
Organisation zu treiben, sondern hier müßten die ländlichen Ver-
hältnisse mehr in Betracht gezogen werden.

Genosse Lemble-Pagenow sagt aus, die Folgen der Reli-
gionslehre ließen sich nicht auf einmal überwinden, es müsse erst
allmählich durch naturwissenschaftliche Vorträge ein anderer Geist
erweckt werden. Die arbeitende Bevölkerung verheere heut zu Tage
noch vielfach Leute, welche das Gegentheil werth wären. Man
habe in Pagenow einen Bildungsverein, bestehend aus ca. 30 Mit-
gliedern, und wären die Pagenower Genossen gerne gewillt, das
Beste zu thun. Es fehle jedoch leider an Referenten und um diese
zu bezwingen, fehlten die nöthigen Mittel.

Genosse Lorenz-Stavenhagen ist der Ansicht, das ein
öfteres in Verbindung treten mit den Landleuten erforderlich sei
und dies könne nur in Mecklenburg durch die öftere Herausgabe
eines kleineren Flugblattes geschehen.

Genosse Zapp-Doberan kann sich keinem Vorredner nicht
anschlüssen, er hält es mit der mündlichen Agitation.

Mittlerweile lief ein Antrag des Genossen Schübach-Neu-
stadt ein, welcher lautete, der Parteitag möge beschließen, viertel-
jährlich eine Zeitung in Form eines Flugblattes herauszugeben.
Nachdem noch mehrere Redner für den Antrag gesprochen hatten,
stimmte Genosse Stolle-Malchow einen Antrag auf Schluß der
Debatte.

Gegen diesen Antrag sprach Bierke-Parchim.

Der Antrag Stolle wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.
Ein weiterer Antrag, die Redezeit auf 5 Minuten zu beschränken,
ward angenommen.

Ein Antrag des Genossen Dietrich-Warnemünde, dahin
lautend, nur Denjenigen das Wort zu ertheilen, welche noch nicht
gesprochen hätten, wurde, weil sich im Laufe der Diskussion wieder-
um neue Gesichtspunkte ergeben hatten, abgelehnt.

Ein Antrag des Genossen Steinbrügge-Wismar auf
Schluß der Rednerliste ward abgelehnt.

Genosse Bömelburg-Hamburg erörtert, daß jetzt schon
für den Reichstag agitirt werden müsse. Nicht allein die schrift-
liche, sondern auch die mündliche Agitation müsse betrieben werden.
Der Bauer kaufe bekanntlich keine Karte im Saal und müsse ihm
während der 5 Jahre klar gemacht werden, wie seine Lage sei.
Gebrauche man Referenten, so könne man sich nur noch nach Ham-
burg wenden und es würde sofort gelöst werden.

Genosse Dietrich-Warnemünde macht den Vorschlag, Flug-
blatt und Kalender zu vereinigen.

Genosse Koss-Schwerin meint, es wäre angebracht, daß für
dieses Jahr eine Flugchrift und für nächstes Jahr ein Kalender
herausgegeben würde. Jedoch müßten die hier gefaßten Beschlüsse
auch gehalten werden, wenn nicht, sehe sich der 2. Wahlkreis ver-
anlaßt, selbst eine Flugchrift zu verbreiten.

Nachdem noch verschiedene Redner für die Herausgabe einer
Brotschüre gesprochen hatten, stellte Genosse Groth-Moßdorf den
Antrag, die Abstimmung des Antrages in der Nachmittagsitzung
stattfinden zu lassen.

Der Vorsitzende verlas noch eine Gratulations-Karte an den
Parteitag von einem Genossen aus Köln. Hierauf wurde die
Sitzung von 1 1/2 bis 2 1/2 Uhr Nachmittags vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Um 2 1/2 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet.

Ein Antrag des Genossen Groth-Moßdorf, betreffend Heraus-
gabe eines Kalenders mit Flugchrift wird angenommen. Ein
weiterer Antrag des Genossen Vacker-Fürstberg: der Parteitag
möge beschließen, daß der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ auf-
gegeben wird, jährlich im Sommer in ihrem Blatte bekannt zu
geben, daß die Mecklenburgischen Arbeiter, welche vielfach aus-
wärts arbeiten, ihre Beiträge in Mecklenburg entrichten sollten.
Hiermit waren folgende Anträge erledigt.

I. Zu „Agitation und Organisation.“

Die Genossen von Rehna beantragen:
Der Parteitag möge beschließen, daß halbjährlich ein Flug-
blatt verbreitet wird.

Die Genossen von Mügg:
Der Parteitag möge die Herausgabe eines Flugblattes
mit besonderer Berücksichtigung der ländlichen Arbeiter-Verhält-
nisse beschließen.

Die Genossen von Parchim:
Alle Jahre ist ein Kalender mit sog. Inhalt an die Land-
bevölkerung zu vertheilen.

Die Genossen von Doberan:
Der Parteitag möge beschließen, daß eine rege Agitation
in den kleinen Städten und auf dem platten Lande ent-
faltet wird.

Man kam nun zu den Anträgen der Genossen von Daffow
und Umgegend, welche lauten:

Bei der Agitation auf dem Lande sind in erster Linie
folgende Punkte ins Auge zu fassen:

1. Die jammervoll niedrigen Löhne der Frauen.
2. Das Hofgängerwesen.
3. Die Gesindeordnung.
4. Das Umwesen mit den Hütejungen und den Kühenmädchen.
5. Die ganz in die Willkür der Arbeitsherren gestellte Dauer
der täglichen Arbeitszeit.
6. Die unzulänglichen Schul- und Lehrer-Verhältnisse auf den
Mittlergütern.

Genossin Frau Bruhn-Daffow formulirt diese Anträge wie
folgt: Die Tagelöhner-Frauen auf dem Lande seien in eine jammer-
volle Lage versetzt. Habe sich die Frau den Tag über für ihre
Ausbeuter geplagt, so würde sie Abends noch von ihrer Familie
in Anspruch genommen. Mit der Bezahlung soll es auch sehr
schlecht stehen. Frauen, die am Hofe direkt wohnen, erhalten in
der Ernte von Morgens 6 Uhr bis Abends 8 Uhr 60 Bfg. ohne
Belustigung, die Zeit außerhalb der Ernte wird mit 40 Bfg. pro
Tag entlohnt. Die Männer erhalten 80 Bfg. bis 1 Mk. Die
Frauen, die als Fremde am Hofe in Tagelohn stehen, erhalten,
wenn dieselben von Auswärts einen Weg von 1—1 1/2 Stunden
zurücklegen haben, 1 7/8 Mk. ohne Kost, aber nur die Wochen
während der Ernte. Sobald die Ernte beendet ist, geht es bergab
bis 1 1/2 Mk. und die Frauen erhalten 75, 80 Bfg. bis 1 Mk.
ohne Kost. Dieses geht bis zum Oktober, von wo ab dieselben
gar keine Arbeit mehr erhalten. Zu Punkt 2, Hofgängerwesen,
erörtert Rednerin: Die Tagelöhner auf den Höfen vermehren sich
bei dem Gutsherrn für einige Naturalien und eine vielfach einen
Stall oder Gefängniß ähnlichen Wohnung. Er muß nun ununter-
brochen alle Tage zu Hofe kommen mit sammt seiner Frau. So-
bald nun irgend welche Verhältnisse die Frau zwingen, zu Hause
zu bleiben, muß der Tagelöhner dem Gutsherrn einen Hofgänger
stellen. Diese Hofgänger erhalten einen Lohn von 90 Bfg. bis
1 Mk., freie Wäsche und Bekleidung. Ein Deputat-
tracht erhält jährlich 150 Mk. Alle Arbeiten sind so schwierig,
und die Bekleidung so unzulänglich, daß hier eine Reihe Ab-
änderungen nothwendig erforderlich sind.

Das Hütejungen- und Kinder mädchenwesen herrscht
nach Aussage der Rednerin in der Nähe von Daffow in großem
Maßstabe. Diese verdrücklichen Kinderarbeiten würden dadurch erst
möglich, weil die Löhne der Eltern sehr niedrig seien und zum
Auskommen nicht ausreichten. Selbst der Gemeindepfarrer trägt
sein Möglichstes dazu bei. In den Schulen sucht er sich solche
arme Kinder aus, um sie auf seinen Lieblingsstellen unterzubringen.
Durch die Muderarbeit werden die Kinder zu gleicher Zeit in ihrer
Schulbildung vernachlässigt und daher kommt es auch noch heute
vielfach vor, daß es Kinder auf dem Lande giebt, welche weder
lesen noch schreiben können. Vielfach werden die Kinder auch noch
vom Schullehrer zu allerlei Nebenarbeiten herangezogen und dieses
noch dazu, während den Unterrichtsstunden. Die Herren und
Wächter der Sitte und Ordnung wagen sogar auszusprechen, die
Arbeiterkinder brauchen nichts zu lernen, wenn sie nur gut arbeiten
können.“ Betreffend der Arbeitszeit giebt es in der Daffower
Gegend bei den ländlichen Arbeitern gar keine Schranken, — von
Morgens früh bis Abends, wenn die Sterne schon am Himmel
sehen. So geht es Tag für Tag, Jahr ein, Jahr aus!

Genosse Lorenz-Stavenhagen stellt darauf den Antrag,
diese Daffower Anträge dem Vertrauensmann zur Erledigung zu
überweisen.

Groth-Moßdorf hält dieses Material für die Flugchrift
geeignet.

Es erklärten sich Alle mit dem Antrage des Genossen Lorenz
einstimmig, womit diese Punkte erledigt waren.

Man kam nunmehr zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Unsere
Presse“

Genosse Groth-Moßdorf wies zuerst auf den geschäftlichen
Ausweis und die Jahresabrechnung der „Mecklenburgischen Volks-
zeitung“ hin. Es ergab sich hiernach am Schluß des 2. Quartals
1896 nachstehende Bilanz:

Activa.	
Ausstehende Forderungen am 1. Juli 1896:	
a) aus Kostock	Mk. 153,30
b) von auswärtig	805,70
Summa des rückständigen Abonnementsgelder	Mk. 959,—
2. Inseratengeld	
Summa der ausstehenden Forderungen	Mk. 1371,71
Kassenbestand am 1. Juli 1896	484,20
Summa der Activa am 1. Juli 1896	Mk. 1855,91
Passiva.	
Summa aller Passiva Vorjahrs, vom Vorkontos	450,—
Vermögensbestand vom 1. Juli 1896	Mk. 1405,91

Bei der Abrechnung von Vorkontos vom 1. November 1894
bis 1. September 1896 betrug die Bilanz:

Kassenbestand am 1. November 1894	Mk. 673,07
Für Bonus wurde eigenommen:	
a) von auswärtig	78,80
b) in Kostock	11,—
Zuwendungen durch Vereine und Private:	
a) von auswärtig	87,55
b) in Kostock	62,73
Summa Mk.	913,15
Ausgabe	704,47
bleibt ein Kassenbestand Mk.	208,68

Hierauf vermehrte Redner die Delegirten, dafür Sorge zu
tragen, daß nach Möglichkeit für die „Mecklenburgische Volkszeitung“
agitirt werde. Denn wenn man erst einmal mehr Abonnenten
und Inserenten habe, so wäre man auch im Stande, das Blatt
täglich erscheinen zu lassen. Man brauche nur eine Postkarte zu
schreiben, und man würde die gewünschte Anzahl Blätter zur Ver-
breitung erhalten. Für eine Agitationsstour eignete sich am besten
der letzte Monat vor Quartalschluß. Hierauf ersucht er sämt-
liche Delegirten, daß sie diesen Punkt zu Hause zur Diskussion
stellen sollten. Zum Schluß ersucht er noch, seinen Ausführungen
zuzustimmen.

Genosse Schmidt-Grivitz erläutert nochmals kurz den Be-
richt der „Volkszeitung“ und stellt den Antrag, daß die nicht ein-
gegangenen Beträge ins Verlust-Konto eingetragen werden.

Genosse Rohde-Neustrelitz stimmt den Ausführungen des
Genossen Gröth bei, worauf letzterer folgenden Antrag stellt:

Der Parteitag erklärt: Die Delegirten sind verpflichtet, die
Genossen jeden Ortes zu veranlassen, eine exemplarische Samm-
lung von Abonnenten in der Landbevölkerung ins Werk zu setzen.
Es sind hierfür Wähler und Arbeitsleute in den Bauernbüchern
im nächsten Umkreis der betreffenden Stadt ins Auge zu fassen.
Als geeignetste Zeit für das Sammeln von Abonnenten sind die
letzten Sonntage am Schluß eines Quartals zu bezeichnen.

Genosse Lorenz-Stavenhagen brachte nachstehende Resolu-
tion ein:

„Die Delegirten des Parteitages beider Mecklenburg ver-
pflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für
die weitere Verbreitung der „Mecklenburgischen Volkszeitung“
Sorge zu tragen, hauptsächlich durch eine genügende Agitation,
in den letzten Monaten des Quartals, um neue Abonnenten zu
jammeln.“

Desgleichen ging ein Antrag der Genossen von Warnemünde
ein, statt bezahlte Massenagitationen abzuhalten, ländliche Agita-
toren zu ernennen.

Die Schweriner Genossen halten es für angebracht, daß der

An die Genossinnen.

Genossinnen! Am 11. Oktober tritt in Gotha der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Ihr wißt, von welcher Wichtigkeit für eure Gegenwarts- und Zukunftsinteressen jeder Kongreß der einzigen Partei ist, welche nicht nur die Geschlechtsklaverei der Frau befeitigen will, sondern auch die Klassenklaverei des Proletariats, mit deren Aufhebung allein euch volles, freies Menschenthum winkt.

Aber der bevorstehende Parteitag der Sozialdemokratie ist von besonderer Bedeutung für euch. Auf seiner Tagesordnung steht die Frage der *Frauenagitation*. Zum ersten Male werden die Vertreter der Sozialdemokratie auf einem Kongreß die so äußerst wichtige Frage eingehend beraten: nach welchen Gesichtspunkten und mit welchen Mitteln ist zu agitieren, damit die breiten Massen der proletarischen Frauen für die Idee des Sozialismus gewonnen, damit sie aus einer hemmenden zu einer treibenden Kraft des proletarischen Klassenkampfes werden?

Genossinnen, die gründliche, klare Erörterung und Beantwortung der Frage ist nicht nur von hervorragendem Interesse für euch alle, die ihr seit Jahren als Kämpferinnen in Reich und Glied der Klassenbewußten Arbeiterbewegung steht und unermüdblich, ungeschreckt durch des Klassenstaats Mäcken und Lücken werdend und organisierte in weiten Kreisen eurer Klassen Genossinnen wirkt. Sie ist von ebenso hervorragendem Interesse für die sozialdemokratische Partei, ja für die gesammte deutsche Arbeiterklasse. Die wachsende Ausdehnung der Frauenarbeit macht die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zur brennenden Nothwendigkeit, und der immer weiter ausholende, schärfer und tiefer werdende politische Klassenkampf verlangt gebieterisch die Civbeziehung der Proletarierinnen, der Mütter der zukünftigen Kämpfer, in das Heer der proletarischen Streiter für eine neue Zeit.

Aber für Erörterung und Beantwortung der aufgerollten Frage ist es nicht bloß nützlich, sondern nöthig, daß eine möglichst große Anzahl weiblicher Delegirten dem Parteitage beizuhohnt. Die Genossinnen, die seit Jahren ihre Kräfte der Agitation widmen oder innerhalb der Organisationen thätig sind, sie, welche innige Fühlung mit weiten Frauenkreisen besitzen und über einen reichen Schatz von persönlichen Erfahrungen gebieten, müssen Gelegenheit haben, ihre Ansichten und Rathschläge darzulegen und zu vertreten.

Genossinnen, thut deshalb allerorten, wo die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung es gestattet, sofort die nöthigen Schritte, um die Entsendung weiblicher Delegirten zu sichern. Wir sind überzeugt, daß angesichts der Tagesordnung des Kongresses und in richtiger Würdigung der Interessen und der Pflicht der Sozialdemokratie der Frauenfrage gegenüber, euren diesbezüglichen Bemühungen die erste Unterstützung der Genossinnen zu theil wird. Wohl hat der Parteitag zu Frankfurt a. M. den Genossinnen das Recht eingeräumt, in besonderen öffentlichen Frauen-Versammlungen eigene Delegirte zu

den sozialdemokratischen Kongressen zu wählen. Aber wir sind der Ansicht, daß die Genossinnen von diesem Recht nur in ausnahmstweisen Fällen Gebrauch machen sollen, nur dann, wenn die reaktionäre Praxis reaktionärer Vereins- und Versammlungsgesetze ein Hand-in-Hand gehen zwischen Genossinnen und Genossen vereitelt, oder wenn besondere lokale Verhältnisse eine Verständigung zwischen beiden schlechterdings ausschließen. Ebenso hoffen wir, daß die Genossen nicht aus kleinlichen Rücksichten die Genossinnen von den allgemeinen Delegirtenwahlen ausschließen und auf eigene Versammlungen verweisen. So nachdrücklich wir indeß die Wahl von weiblichen Delegirten durch Genossen und Genossinnen zusammen befürworten, so eindringlich fordern wir auch die Genossinnen auf, dort, wo eine solche Wahl nicht zu erzielen ist, mit aller Energie für die Entsendung eines Delegirten durch eine öffentliche Frauenversammlung zu wirken.

Genossinnen! Weder die aufzuwendende Mühe noch die zu bringenden Opfer dürfen Euch von einer Bescheidung des diesjährigen Parteitages zurückhalten. Wir legen Euch ferner nahe, in Parteiversammlungen, öffentlichen Versammlungen und in der Presse Stellung zu der Frage der Frauenagitation zu nehmen. Die Delegirten, ganz gleich, ob Männer, ob Frauen, die Euch in Gotha vertreten, müssen über Eure Meinungen, Wünsche, Vorschläge im Klaren sein. Kurz, sorgt in jeder Weise dafür, daß die Stimmen Deurer laut werden, welche zu der Frage in erster Linie gehört werden müssen. Sorgt dafür, daß Ihr von den Ergebnissen des Gothaer Parteitages mit Stolz sagen könnt: Sie sind auch unser Werk!

Genossinnen! An die Arbeit! Beweist, daß Ihr das Recht zu gebrauchen versteht, welches in Deutschland von all-n politischen Parteien allein die Sozialdemokratie den Frauen einräumt! Beweist, daß Ihr der Aufgabe bewußt seid, welche Euch, als Angehörige des Proletariats, die Geschichte stellt: Eure Befreiung zu erringen nicht im Kampfe von Geschlecht zu Geschlecht, sondern im Kampfe von Klasse zu Klasse! Hütfet Euch zum Parteitage, um vereint mit Euren Brüdern der Frohn und der Armuth zu marschiren und vereint mit ihnen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, zu schlagen! An's Werk!

Mit sozialdemokratischem Gruß

Ottilie Gerndt,

Vertrauensperson in Berlin.

Clara Zettin,

Redakteurin der „Gleichheit“, Stuttgart.

Zum Parteitag in Gotha.

Ueber die Tagesordnung des Parteitages stritt sich die Parteipresse. Veranlassung gab ein Artikel von Parvus in der „Sächs. Arb.-Ztg.“ (siehe Nr. 204 des „Volksboten“), dessen Vorschläge zur Aenderung der Tagesordnung in Interesse der größeren Berücksichtigung des wirtschaftlichen Kampfes der „Vormwärts“ zurückwies. Parvus schlug nun vor einigen Tagen zwei Resolutionen in Bezug auf den Achtfundentag dem Parteitag zur Annahme vor, welche wir der Vollständigkeit halber unseren Lesern zur Kenntniß bringen.

Diese Resolutionen lauten:

I.

Der Parteitag wolle beschließen:

Der industrielle Aufschwung, der jetzt in der Steigerung der deutschen Ausfuhr und der raschen Erweiterung der Produktion durch neue Erfindungen zum Ausdruck kommt, ist zwar, wie die Prosperitätsperiode der 70er Jahre, nur der Vorläufer der großen Handelskrise, er führt aber für die nächste Zeit zu großen Anhäufungen von Kapital, zur Steigerung der kapitalistischen Profite und zu gleicher Zeit damit zur größeren produktiven Anspannung der Arbeiterklasse. Aufgabe der Sozialdemokratie ist, diese wirtschaftliche Situation dazu auszunützen, um den Arbeitern, anstatt niedriger Löhne, verkürzte Arbeitszeit und erhöhte Arbeitslöhne zu erringen.

Der Parteitag hält den Zeitpunkt für geeignet, um eine allgemeine Agitation für den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitstag zu eröffnen.

Die Erringung der Achtfundentages ist undenkbar, ohne gleichzeitiges Zusammenwirken der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterpartei. Deshalb verweist der Parteitag die sozialdemokratischen Arbeiter auf ihre Pflicht, sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Gesetzentwurf bezüglich Einführung des Achtfundentages möglichst schon zu Beginn der Winter-session im Reichstage einzubringen. Zugleich sollen besondere Anträge gestellt werden um Einführung des Achtfundentages in der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, bei den Reichseisenbahnen, auf den Marineverkerften, in der Reichsdruckerei, in sämtlichen Militärverkerften. Ferner soll beantragt werden, daß die Militärverwaltung und alle anderen unter Kontrolle des Reiches stehenden Betriebsverwaltungen nur mit solchen Unternehmern Geschäftsverträge abzuschließen haben, welche ihren Arbeitern den achtfundigen Arbeitstag gewähren.

Desgleichen sollen in allen Landtagen, in denen es eine sozialdemokratische Vertretung giebt, Anträge gestellt werden auf Einführung des Achtfundentages in den Staatsbetrieben und in den mit dem Staat in geschäftlicher Verbindung stehenden Privatunternehmungen. Besonders sollen dabei die Eisenbahnarbeiter berücksichtigt werden. Ähnliche Anträge sollen in den Staatsverwaltungsverkerften resp. Gemeinderäthen eingebracht werden.

Es soll mit aller Energie die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter der Gemeinde- und Staatsbetriebe erstrebt werden.

Es ist zugleich, um gesetzgeberischen Vorschlägen Nachdruck zu verschaffen, eine planmäßige Propaganda durch öffentliche Versammlungen und in der Presse zu entwickeln. Es sollen Agitationstouren der bekannten Redner veranstaltet und Flugblätter herausgegeben werden. Neben der parlamentarischen Aktion muß bei dieser Agitation mit Nachdruck auf die Nothwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes hingewiesen werden.

Im Falle der Auflösung des Reichstages soll der gesetzliche achtfundige Normalarbeitstag zur Lösung für die kommenden Reichstagswahlen gemacht werden.

Der Parteitag empfiehlt, bei allen Streitigkeiten

Mit dem Brandmal.

Roman von Gebhardt Schäzler-Perasini.

(24. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Reden Sie nicht immer so heraus!“ entfährt es jormig den Lippen des Sträflings. „Sie wollen mich damit nur fangen!“

„Wie lächerlich!“

„Jawohl, lächerlich! Ich brauche nur an meine unglückliche Schwester zu denken, dann zuckt es in meinen krummgestorenen Gliedern. Ich bin nicht mehr der Weibold von gestern, noch viel weniger der von ehedem. Jetzt bin ich ein Thier, ein zu Tode geheftes Thier, das aber doch noch im Sterben seinen Feind treffen kann!“

Der Rath hörte ihn bewegt an und deutete mit der Hand auf einen Stuhl.

Weibold fuhr erschreckt zurück und stammelte: „Ich soll mich setzen.“

Auf die nochmalige Einladung ließ er sich zitternd in die Nähe des Kamins nieder.

Die Wärme belebte allmählig seine Glieder und er begann sich freier zu bewegen.

Herr von Heimen fuhr mit der Hand über die Stirne und sagte dann: „Ich habe einen Sohn, welcher Ihre Tochter lieb gewonnen hat. Er hat bereits um Ihre Hand geworben. Renate war so heiter wie der junge Morgen, ihre Liebe machte sie selig. Doch Frau Berger wies meinen Jungen ab.“

„Weshalb denn? Weshalb?“

„Ich konnte ihr keinen Grund angeben. Renate aber, die in ihrem Jammer vergehen wollte, mußte eine triftige Ursache wissen. „In unserer Familie lebt ein Mitglied, das uns mit Schande bedeckt, deshalb kannst Du nicht ein Weib werden,“ sagte Ihre Gattin. Ich selber

warb nun für meinen trostlosen Sohn. Dabei erfuhr ich den Grund Ihrer Weigerung. Ohne von Ihnen etwas zu wissen, betrat ich den Sühnweg. Ich wollte vergessen, was Andere fehlten und da Frau Anna mir nicht vertraute, beichtete ich an jenem Abend meine eigene Schuld. Nun ist das Hinderniß gefallen, zwei junge Herzen, so rein, wie der Christhnee draußen, könnten vereint werden, wenn —“

„Wenn ich nicht existirte,“ endete Weibold schen.

„Auch einen Sohn haben Sie Weibold; er ist der Stolz seiner Lehrer. Gleich meinem Jungen möchte er Juris studieren! Aber kein Flecken dürfte aus der Vergangenheit herüberfallen! Wenn Sie mir Zeit lassen wollen, Robert in die Welt einzuführen, ihm zu nützen im weitesten Maße durch meine Verbindungen, so soll er zur Freude unseres Landes ein ganz tüchtiger Mann werden.“

Weibold athmet rascher, er preßt die Fäuste gegen die Augen, in denen die Thränen stehen. Mit einem schluchzenden Aufschrei bricht er in sich zusammen.

„Meine Kinder! Mein Junge!“

Der Rath fühlt es in diesem Augenblick, daß er den Sieg dieser Nacht davontrug. Vom Städtchen herüber schallen die Glocken.

Man läutet die Christnacht ein. Die lange nicht gehörten Klänge bringen dem Verurtheilten an das Herz, sprengen die Eiskruste. Da tauchen die friedlichen, trauten Erinnerungen einer entschwundenen Zeit wieder auf, einer Zeit, da auch für ihn die Welt im goldenen Lichte lag.

„Christnacht! Christnacht!“ wimmert der Arme sich schüttelnd. „Auch ich hatte Kinder, die sich freuten, — hatte eine Familie.“

„Wenn Sie sich noch ermannen könnten, Friedrich Weibold! Wer darf wohl die letzte Hoffnung von sich geben?“

Weibold hebt den Kopf.

„Sie meinen? — Ach nein! Mein Weib hat mich vergessen, und für die Kinder bin ich todt. Aber ich weiß jetzt doch noch etwas Besseres als — als Sie zu ermorden.“

„Ich denke, es hätte auch durchaus gar keinen Nutzen für Sie, einen wirklich nie wieder gut zu machenden Nachtheil jedoch für Ihre Kinder und auch für Sie selbst.“

„Ich darf an mich nicht denken!“

Noch immer schallen die versöhnenden Weihnachts-Glocken.

„Doch, Sie sollen es, Weibold,“ versetzt der Rath und tritt zum ersten Male diesem näher. „Gut machen, was ich im Laumel einer Leidenschaft that, vermag ich nicht mehr. Ich habe nur die Reue und einen unerschütterlichen Willen, die traurigen Verhältnisse, welche durch meine Veranlassung entstanden, nach Kräften zu bessern. Vermögen Sie mir nun Glauben zu schenken, Weibold?“

„So hören Sie, Herr Weibold, was ich zunächst thun möchte.“

„Die Heirath meines Sohnes sollte vollzogen werden, so rasch als möglich. Noch diese Nacht führe ich Renate ihrem Bräutigam zu, als bestes, liebstes Weihnachts-Geschenk. Ihren Sohn nehme ich unter meinen speziellen Schutz; Sie sollten einst nur Nüchliches von ihm hören. Ihrer Gattin möchte ich jede irdentliche Hilfe angebeihen lassen.“

„Was Sie selbst betrifft, Weibold, so darf ich Ihnen wohl nicht verhehlen, daß Sie kaum in direkter Fühlung mit Ihrer Familie bleiben könnten. Die Welt leidet zu sehr an alten Vorurtheilen, sie dringen selbst in die Verwaltung des Staates. Mein Sohn und folglich auch Renate, Robert ebenfalls, würden sich mancher Demüthigung aussetzen —“

zwischen Arbeitern und Unternehmern die Verkürzung der Arbeitszeit besonders zu berücksichtigen.

II.

Der Parteitag wolle beschließen:

Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage wird beauftragt, aus ihrer Mitte einen ständigen Ausschuss für Arbeiterschutzesgesetzgebung zu wählen. Dieser Ausschuss hat im Besonderen die vom Parteitag bezüglich der Erringung des Achtstundentages gefassten Beschlüsse auszuführen. Der Ausschuss für Arbeiterschutzesgesetzgebung hat für die Ausarbeitung und Einbringung der einschlägigen und gesetzgeberischen Anträge im Reichstage, sowie im Einverständnis mit den respektiven Spezialvertretungen, in den Landtagen und in den Stadtverwaltungen zu sorgen.

Der Ausschuss entwirft den allgemeinen Agitationsplan für den Achtstundentag und verschafft die nötigen rednerischen Kräfte. Er veröffentlicht Broschüren, Flugblätter und bedient sich der „Neuen Zeit“ und des „Vorwärts“, um durch Artikel und Notizen die Erörterung der einschlägigen Fragen zu fördern und der Parteipresse Agitationsmaterial zu verschaffen.

Besonders ist auf die Verarbeitung des bereits vorhandenen Materials über Arbeitszeit, Lohn, Hausindustrie und die sonstigen Arbeiterverhältnisse in Deutschland zu achten und die periodische amtliche Statistik zu verfolgen. Auch sind die Ergebnisse der ausländischen Veröffentlichungen über Arbeiterverhältnisse, gewerkschaftlichen Kampf und sozialpolitische Maßnahmen der Parteipresse zugänglich zu machen.

Der Ausschuss hat sich durch Vermittlung der Gewerkschaften und der Parteipresse Material über die Durchführung der Arbeiterschutzesgesetzgebung und die Fabrikinspektion resp. die Zustände in den Fabriken und Werkstätten zu verschaffen, dieses Material zu sichten, zu revidieren und parlamentarisch zu verwerthen.

Dem nächsten Parteitag hat der Ausschuss Rechnung abzulegen von seiner Thätigkeit und Bericht zu erstatten über den Stand der Arbeiterschutzesgesetzgebung und die Achtstundenbewegung.

Soziales und Partei-Leben.

Der Kohlenarbeiter-Streik im Hafen zu Hamburg ist siegreich beendet, da jetzt alle in Betracht kommenden Firmen den neuen Akkordtarif anerkannt haben.

Zu Leipzig ist, wie die „Leipziger Volkszeitung“ mittheilt, in der Buchdruckerei von Grumbach an die Gehilfen das Ansinnen gestellt worden, einen Revers zu unterschreiben, in Inhalt dessen sie sich verpflichten sollen, aus dem Verband der deutschen Buchdrucker auszutreten.

Das Leipziger Gewerkschaftskartell hat nach einem Vortrage, den der ehemalige „Correspondent“-Redakteur Gash gegen die neue Tariforganisation der Buchdrucker hielt, den Beschluß gefaßt, daß sämtliche Mitglieder des Kartells sich verpflichten, „jeder festliegenden, zeitbestimmenden und auf Gegenseitigkeit beruhenden Tarifgemeinschaft innerhalb ihrer Gewerkschaft mit größter Energie entgegen zu treten.“

Dieser Beschluß ist nach dem „Vorwärts“ nicht zu billigen, denn, so führt er weiter aus, feste Lohnsätze an sich, die nicht auf heute oder morgen, sondern auf eine gewisse, wenn auch nicht zu lange Zeit mit den Unternehmern vereinbart sind, liegen gerade im Interesse der Arbeiter. Entgegen dem in vielen Gewerben noch herrschenden Zustand, wo mangels genügender Organisation der Arbeiter die Unternehmer die Arbeitsbedingungen meigentlich während der Zeit des schwächeren Geschäftsganges diktieren, ist die zwischen Arbeitern und Unter-

nehmern in geordneten Formen getroffene Vereinbarung von Tarifen überhaupt ein Fortschritt zum Besseren. Jeder vereinbarte Tarif ist aber eine Tarifgemeinschaft. Man konnte ja vermuthen, daß die vorzüglich organisirten Buchdrucker das Institut des Normaltarifs, nachdem es sich durch mehr als 20 jähriges Bestehen eingelebt hat, ohne übermäßige Opfer aus eigener Kraft in allgemeiner Geltung erhalten können, also ohne den Konsens der Prinzipals-Organisation. Diese Vermuthung ist aber durch die üblen Erfahrungen, die man im Buchdruckergewerbe mit der Aufgabe der Tarifgemeinschaft seit 1891 gemacht hat, als irrig erwiesen. Derselbe Gash, der heute jede Tarifgemeinschaft verwirft, hat übrigens die Tariforganisation, die er jetzt in Vorschlag und Wogen bekämpft, selber mit geschaffen helfen, denn an den Leipziger Abmachungen mit den Prinzipalvertretern des deutschen Buchdruckervereins hat Gash hervorragend theilgenommen, er hat diese Abmachungen dann den Buchdruckern zur Annahme empfohlen trotzdem in diesen Abmachungen die „festliegende, zeitbestimmende und auf Gegenseitigkeit beruhende Tarifgemeinschaft“ im Prinzip enthalten war.

Es ist also nicht richtig, Tarifgemeinschaften grundsätzlich zu verwerfen, sondern man muß jede Vereinbarung von Fall zu Fall prüfen.

Aus Nah und Fern.

Eine unglückliche Gewinnerin. Die „Schwerttänzerin“ — einer jener 10 000 Mark-Hauptgewinne der eben gezogenen Serie A der Ausstellungs-Lotterie — ist, wie die „Berliner Ausstellungs-Zeitung“ erfährt, einer Witwenfrau in Saarbrücken zugefallen. Die unglückliche „glückliche“ Gewinnerin weiß nun nicht, was sie damit anfangen soll, und hat sich bisher vergeblich bemüht, den „Kunstgegenstand“ in Geld umzusetzen. Sollte die arme Gewinnerin nach Schluß der Ausstellung ihren „Hauptgewinn“ nicht verwerthen haben, dann käme sie in die Lage, für die Fortschaffung und Unterkunft dieses Gewinnes sorgen zu müssen. Und daß das keine leichte, und eine sehr kostspielige Sache ist, wird jeder begreifen, wenn man erfährt, daß allein der Marmorsockel der Figur einige zwanzig Zentner wiegt, und daß zur Vereinschaffung und Aufstellung desselben im Kuppelsaal der Ausstellung 16 Mann nothwendig waren.

Die Andree'sche Nordpol-Expedition. Andree, welcher am vergangenen Sonnabend mit dem Dampfer „Birgo“ nach Stockholm zurückgekehrt ist, hat sich einem Redakteur der „Göteborg. Hand.“ gegenüber wie folgt ausgesprochen: Der Ballon war gefüllt vom 27. Juli bis zum 17. August, Morgens 6 Uhr. Man beabsichtigte, den Ballon schon am 14. August einzupacken, beschloß aber, noch zwei Tage zu warten, um zu sehen, ob nicht im letzten Augenblick ein günstiger Wind die Abfahrt ermöglichen werde. Aber am 17. konnte man nicht mehr länger warten, und ein Glück war es, daß das Wetter schön blieb, sonst hätte dieser Aufschub leicht theurer zu stehen kommen können unter den heftigen und schnellen Wetterveränderungen, welche in einer so vorgerückten Jahreszeit oft auf diesem Breitengrade vorkommen. Das Ballonhaus ist stehen geblieben und mit Balken gehörig abgestützt worden, um den Winterstürmen Widerstand leisten zu können. Es ist alles gethan, damit der Expedition im nächsten Jahre keine Zeit verloren geht und damit die Luftregler größere Aussicht haben fortzukommen, als in diesem Jahre. Alle Apparate arbeiten ausgezeichnet und in technischer Beziehung ist nichts verfehlt. Das Auspacken des Ballons und die Füllung gingen nach der Berechnung, ebenso auch die Entleerung und das Einpacken. Die Leckage des Ballons war unbedeutend und wurde leicht gedichtet. Alles ging gut und es fehlte absolut nichts anderes als der erforderliche

Südwind. Andree zeigte die Windrichtungen an denjenigen Tagen, während „Birgo“ an der Danskö lag. Nord, Nordnordwest, Nordwest, Ost etc., aber nur wenige Tage südliche Winde und diese von möglichst niedriger Windstärke. Eine Windstärke von 4 Meter war erforderlich, damit der Ballon mit einiger Fahrt nordwärts treiben konnte, aber die südlichen Winde näherten sich der Windstille und herrschten nur wenige Stunden. Die Expedition befand sich auf dem 79. Grad 43 Min. nördlicher Breite. Nur bis zu 3 Grad nördlicher war das Polargebiet bekannt. Der Ballon sollte 330 Kilometer nordwärts zurücklegen, ehe er unbekanntes Gegenden erreichte. Es wäre deshalb ganz hoffnungslos gewesen, die Fahrt anzutreten mit einem schwachen, unbefähigten südlichen Wind, welcher vielleicht aufgehört hätte, ehe der Ballon einen Grad nördlicher gekommen wäre; man hätte riskirt, überall sonst hinzukommen, nur nicht nach dem Nordpol und man hätte sich der Gefahr ausgesetzt, Ballon und Instrumente auf einer solchen unnützen und zwecklosen Fahrt zu verlieren. Eine unerwartete Verstärkung der Wichtigkeit seines Beschlusses, die Reise aufzuschieben, ist Andree von einem Kapitän geworden, welcher in der Zeit vom 30. Juli bis zum 16. August auf dem Meere nördlich von Spitzbergen bis hinauf zur Eisbante gekreuzt hat, und welcher darthut, daß die Windverhältnisse die ganze Zeit über für die Ballon-Expedition die ungünstigsten waren. Uebrigens denkt Andree schon an seine nächste Expedition. Vorausgesetzt, daß ein schwedisches Marinefahrzeug die Expedition unentgeltlich nach Spitzbergen bringt, werden sich die Kosten auf 45 000 Kronen belaufen. Von dieser Summe hat bereits der Großhändler Axel Burmann in Stockholm 10 000 Kronen zur Verfügung gestellt.

Zu der französischen Fremdenlegation, die bekanntlich zum großen, wenn nicht größeren Theil aus Deutschen besteht, die das „lieb' Vaterland“ aus dem einen oder anderen Grunde von sich gestoßen hat, herrscht eine barbarische Disziplin. Grausame Strafen sind an der Tagesordnung und die geringste Widersprechlichkeit bringt unfehlbar auf den Sandhaufen. Grausige Geschichten gehen dann und wann durch die deutsche Presse, allein sie wirken nicht abschreckend, weil das lieb' Vaterland für so Manchen noch weit abschreckender ist. Dem „Vorwärts“ liegt ein herzerweichender Brief aus Oran in Algerien, datirt vom 21. August d. J., vor. Der Schreiber, der nicht im vollen Besitz seiner geistigen Fähigkeiten zu sein scheint und seiner eigenen Schilderung nach in einem Anfall von Geistesumnachtung von Frau und Kindern in Wernigerode weglief und sich in die Fremdenlegation aufnehmen ließ, ist wegen wiederholter Fluchtversuche mehrere Male auf längere Zeit mit Anderen zusammen in die sogenannten „Zelle“, ein dunkles, 1,20 Meter breites Loch, eingesperrt gewesen und ist körperlich vollständig zu Grunde gerichtet. Man will ihn aber nicht entlassen, obgleich ein Herzklappenfehler bei ihm ärztlich festgestellt ist. Er hat sich nun in seiner Verzweiflung an einen Reichstagsabgeordneten mit der flehentlichen Bitte gewandt, doch die Aufmerksamkeit der deutschen Reichsbehörden auf seinen Fall zu lenken, was hiermit geschehen sein soll. Der Unglückliche heißt August Dittrich, hat seinerzeit bei Genosse August Heine in Halberstadt, dem früheren Reichstagsabgeordneten, als Gärtnerbursche gedient und beruft sich auch auf den Sanitätsrath Dr. Bröse zu Quedlinburg, der ihn ärztlich behandelt habe. Die verlassene Frau Dittrichs bestätigt dessen Angaben. Ihre Adresse ist: Frau Auguste Dittrich, Breitestraße 62, Wernigerode. Vielleicht ist diese Notiz die Veranlassung zu praktischen Schritten. Und der deutschen Regierung würde es auch nichts schaden, wenn sie bei dieser Gelegenheit sich des famosen civis Germanus erinnerte.

Weihold wehrt heftig ab.

„Ich — ich weiß nun genau, was ich zu thun habe. Sie haben mich elend gemacht — aber da nichts mehr zu ändern ist und Sie den Willen besitzen, meine Familie in ein so zufrieden-glückliches Leben zu führen, als ich selbst es ihr kaum jemals hätte bereiten können — so dränge ich die gährende Rache hinunter. Meine Rechte zerfallen solchen Argumenten gegenüber. Machen Sie denn meine Familie zufrieden. Der Gedanke mag mich für die verlorene Rache entschädigen. Was mein Wissen betrifft — ich werde schweigen wie Margarethe, die unterm Hügel schläft.“

Friedrich Weihold versucht nunmehr, sich langsam aufzurichten.

„Ich will gehen, Herr Rath. Vergessen Sie nie Ihr Versprechen. Es muß doch noch etwas in mir leben, das besser ist, als mein Wille, und das jetzt den Sieg über mich davonträgt. Der Ausgang dieser Nacht ist anders geworden, als ich vor hatte, so zu gehen, dachte ich nicht.“

Herr von Heimen tritt hierauf dicht an den tief erschütterten Mann heran. Aus seiner Stimme klingt Mitleid.

„Besser ist es aber, Weihold, besser für uns Alle, auch für Sie selbst, denn Niemand ist verloren, der sich nicht selbst fallen läßt. Mühteln Sie Ihre zusammengebrochenen Lebensgeister noch einmal wieder auf und wer weiß —“

„Ich weiß, was ich thun muß —“

Er steht auf, den Blick ruhig, das Haupt auf die Brust gesenkt.

„Wohin wollen Sie, Weihold?“

Nach kurzem Zögern antwortet dieser:

„Ich darf es Ihnen nicht verschweigen. Sie wissen

selbst, daß es der einzige Weg ist, der Allen zum Heile gereicht, wenn ich Sie auch bitte, meiner Familie nie davon zu erzählen. Der Rhein ist noch offen — wenn die Weihnachtsglocken verhallt sind — bin ich schlafen gegangen. Friedrich Weihold ist ausgelöscht. Es fällt mir nicht schwer, nachdem ich gesehen, wie fünfzehn Jahre hinreichen, um einen Namen vergessen zu machen, der einst meinem Weibe das Theuerste war.“

Weihold wendete sich der Thür zu, als sich eine Hand auf seine Schulter legt.

„Weihold! Bei Gott, das dürfen Sie nicht. Sie dürfen nicht so untergehen. Gegen alle Anschauungen erfolgreich anzukämpfen und sogleich, wie ich möchte, vermag ich nicht. Aber einen Ausweg giebt es.“

„Nur der Rhein —“

„Nein eine neue Zukunft!“

„Für mich?“

„Ja — und in einer neuen Welt zugleich. Ich besitze in Boston einen nahen Verwandten, in dessen großem Geschäfte ich einen ganz ansehnlichen Theil meines Vermögens liegen habe. Dort sollen sie ein neues Leben beginnen. Sie waren einst hoch befähigt und die nur unterdrückten Keime werden wieder kräftige Sprossen treiben. Sie schweigen?“

„Wenn ich auch an solche Möglichkeiten dachte“, meint unsicher Weihold, „was wäre mir diese Zukunft ohne mein Weib, ohne die Kinder? Wenn ich am Leben bleibe, hört das Herz ja nicht auf, sich nach ihnen zu sehnen.“

„Halten Sie die Hoffnung fest, dann wird auch für Sie noch einmal der Tag kommen, wo ein Heimgekehrter in den Kreis seiner Familie tritt. Dies mag Sie dann für alle Leiden entschädigen. Nicht jetzt kann es sein, es müssen einige Jahre darüber hingehen, doch ist es zum

Glück ja nie zu spät. Glauben Sie meiner Versicherung daß ich mich bemühen werde, Alles zu Ihren Gunsten zu bearbeiten.“

Weihold hebt zum ersten Male frei sein Haupt. Aus seinem Antlitz schwand die rächende Leidenschaft.

„Ich will es wagen — noch einmal ringen und kämpfen um ein ehrliches Dasein.“

„Es wird Alles gut werden. Wollen Sie das Haus Ihrer Familie noch einmal auffuchen?“

„Nein“, erwidert Weihold leise, „ich bin nicht so stark, wie ich immer meinte.“

„Es ist auch besser so.“

Der Rath wirft einige Zeilen auf Papier.

„Dies wird Sie so vortheilhaft als möglich in Boston einführen. In Hamburg haben Sie die Güte, eine größere Summe von meinem Banquier zu erheben, den ich sogleich telegraphisch anweise. Und für die aller-nächsten Tage — ach, thun Sie mir den einzigen Gefallen noch, nehmen Sie dort aus meiner Kasse, was Sie reichlich brauchen.“

„Ich soll?“ fährt Weihold noch einmal auf. „Geld für die Schuld!“

„Nein, nicht dafür! Ich gebe ein todttes Metall, das mir vom Geschick leicht in den Schooß flog, das ich nie entbehre, um einen lauterer Charakter zu retten. Wenn ich immer nur solch' hohe Zinsen tragende Anlage meiner Kapitalien wüßte. Sie hungern, frieren — und der Mammon sollte dort nutzlos liegen? Wenn ich Sie bitte, Weihold, von Herzen bitte, wollen Sie dann noch immer hart bleiben?“

„Ich thu's — ja ich thu's!“ Wie seltsam mir jetzt wird!“

(Fortsetzung folgt.)